

PM Nr.138-05 vom 28.12.2005

Kritik an Äußerungen Scheels zur Agro-Gentechnik

Entschieden wenden sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt gegen Äußerungen des geschäftsführenden Direktors des Leibniz-Institutes für Pflanzenbiochemie in Halle, Dierk Scheel, nach dem vermehrten Einsatz von gentechnisch veränderten Pflanzen in der Landwirtschaft.

Scheel hatte sich für einen verstärkten Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft ausgesprochen und dies damit begründet, daß diese Produkte "oft viel gesünder" seien.

"Die Annahme von Professor Scheel ist reine Spekulation und höchst unseriös. Er sollte gerade als Wissenschaftler wissen, daß es keinerlei überprüfbare Belege für derartige Behauptungen gibt.", widerspricht Sören Herbst, Mitglied im Landesvorstand von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Behauptung Scheels. Bisher ist die Wirkung von gentechnisch veränderten Organismen auf Menschen völlig ungeklärt. Es bestehen berechnete Gründe zur Annahme, daß es negative Auswirkungen auf Mensch und Tier geben könnte. Bei einzelnen Versuchen wurde eine erhöhte Reizempfindlichkeit und Allergien festgestellt. Der Tod mehrerer Rinder wird von einigen Experten damit in Zusammenhang gebracht, daß sie gentechnisch verändertes Futtermittel erhalten haben.

Herbst: "Hingegen gibt es bisher keinerlei fundierte Kenntnis über positive oder gesundheitsfördernde Auswirkungen von gentechnisch veränderten Organismen. Das ist absolutes Wunschdenken und hat mit der Realität nichts zu tun."

Scharfe Kritik erntet Professor Scheel auch für seine Forderung nach einer Aufweichung des Gentechnikgesetzes. Herbst: "Für den Umgang mit Gen-veränderten-Pflanzen muss es klare Regeln geben. Damit die Agro-Gentechnik nicht zum Job-Killer im Bereich des konventionellen und ökologischen Landbaus wird, müssen vor allem die Haftungsfragen für den Fall der Kontaminierung von Feldern durch gentechnisch veränderte Organismen geklärt sein. Deshalb warnen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt die neue Bundesregierung eindringlich vor einer Aufweichung des Gentechnik-Gesetzes. Damit würde sie Jobs gefährden und den Verbrauchern einen Bärendienst erweisen!"

© BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Quelle:
<http://www.gruene-sachsen-anhalt.de/>